Österreichische
www.sparkasse.at
Sparkassen Zeitung
ERSTE BANK SPARKASSE
Nummer 11 | November 2011 | 98. Jahrgang

„Die gemeinsame Basis müssen wir uns erhalten"

Erste Group-Chef Andreas Treichl im Interview

Andreas Treichl: „Es wird keine CDS mehr bei uns geben. Das Kapitel ist abgeschlossen."

Die radikalen Maßnahmen vom 10. Oktober, der konsequente Abschied von den CDS-Engagements und die medialen Turbulenzen rund um dieses Geschäftsfeld, die neuen Eigenkapitalvorschriften der EU, die Nervosität der Märkte und wie die Sparkassen mit diesen Herausforderungen umgehen: Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group, weicht im folgenden Interview keiner dieser Fragen aus.

Sparkassenzeitung: Die Ankündigung einschneidender bilanzieller Maßnahmen und die daraus resultierende Gewinnwarnung vom 10. Oktober haben in der Folge viel Staub aufgewirbelt. Vor allem die Credit Default Swaps bzw. deren Neubewertung haben für Diskussionen gesorgt. Was waren die Motive für dieses von manchen Kommentatoren als Großreinemachen bezeichnete Paket?

Treichl: Uns war klar, dass diese Bereinigung der Group-Bilanz ein radikaler Schritt ist, der Diskussionen auslösen wird; zumal er in einer finanzwirtschaftlich so volatilen und nervösen Zeit erfolgt ist. Aber wir wollten Probleme rechtzeitig bereinigen. Es war aus meiner Sicht eine zutiefst unternehmerische Entscheidung, gerade bei krisenanfälligen Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft reinen Tisch zu machen und uns für die Zukunft sowie noch auftretendes Ungemach zu rüsten.

War für Sie die CDS-Diskussion in dieser Intensität eine Überraschung?

Wir haben das Geschäft mit den Risiken von Krediten an Souveräne und Banken wie einen Kredit behandelt – mit den üblichen regelmäßigen Bonitätsprüfungen und entsprechenden Bewertungskonsequenzen, wenn es etwa Moratorien oder Rückstände bei den Zinszahlungen gegeben hat. Wir haben nur Einzelwerte bis zur jeweiligen Endlaufzeit versichert und entsprechend bewertet. Keine Derivate, jeweils ein Risiko je Land und Bank. Die entsprechende Verbuchung war eine von mehreren Möglichkeiten für diese Kreditersatzgeschäfte.

Angesichts der Volatilität bei den Staatsanleihen war uns jedoch klar – siehe das Beispiel Griechenland –, dass wir das nicht mehr als Kredit behandeln können und dass dies we-

MEINE MEINUNG

Die Erfahrung gibt uns recht

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Die Frage nach der Fähigkeit des Menschen, aus der Geschichte zu lernen, beschäftigt die Philosophen seit Jahrtausenden. Der Verlauf der Weltgeschichte lässt durchaus Zweifel aufkommen. Aber unter Ökonomen darf man doch erwarten, dass Erfahrungen aus der Vergangenheit in die Entscheidungsparameter der Gegenwart Eingang finden. Das muss auch für die Funktionsfähigkeit der Finanzwirtschaft gelten.

Dazu zählt ganz wesentlich die Finanzierung der Realwirtschaft, also die Kreditgewährung an Unternehmen, die mit Investitionen und Innovationen für dringend notwendiges Wirtschaftswachstum sorgen.

Österreich konnte die Krise der Jahre 2008 und 2009 nicht zuletzt deshalb wesentlich besser als andere Länder überstehen, weil hierzulande eine dezentral organisierte Kreditwirtschaft wie etwa die Sparkassen ausreichend Mittel für Unternehmenskredite zur Verfügung stellen konnte. Es gab die Kreditklemme nicht.

Doch sie droht jetzt wieder, weil geplante Regelwerke wie etwa Basel III den Beitrag ausreichender Unternehmensfinanzierung für Wachstum und Beschäftigung – insbesondere bei den KMU – nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Also dürfen wir als Sparkassen nicht müde werden, auf diesen elementaren Zusammenhang geradezu gebetsmühlenartig hinzuweisen.

Als regional tätige Banken kennen wir Bonität, Entwicklungspotential und Innovationskraft der einzelnen Unternehmen in unserem Umfeld weit besser, als dies generalisierende Regelwerke je zustande bringen können.

Die Gefahr deutlicher Wachstumsverlangsamung ist in den meisten Industriestaaten derzeit akut. Umso wichtiger ist es jetzt, alle Wachstumschancen, wo immer sie sich bieten, konsequent zu nutzen. Dazu brauchen die vielen guten Unternehmen, in denen viel Potential schlummert, intakte Fremdfinanzierung.

Es ist hoch an der Zeit, bei allen Überlegungen über die künftige Eigenmittelunterlegung von Bankenrisiken einen Paradigmenwechsel vorzunehmen: Gerade für Kredite an Regierungen, also im Regelfall Staatsanleihen, sollte es künftig wie bei jedem anderen Kreditnehmer eine sorgfältige Bonitätsprüfung durch die Banken geben. Durch die verpflichtende Unterlegung mit Eigenkapital würden eine „Risikobremse" für die Kreditinstitute und eine „Verschuldungsbremse" für die Gebietskörperschaften eingebaut werden. Im Gegenzug gilt es, die Finanzierung für Unternehmen mit ordentlicher Bonität durch signifikante Absenkung der Unterlegungsquote zu erleichtern und zu begünstigen. Das wäre das richtige Signal für glaubwürdige Regulative, die das tatsächliche Risiko realistisch abbilden.

Es kann doch nicht so schwer sein, aus den Erfahrungen jüngerer Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen!

WIRTSCHAFT

Unternehmen stärken Auslandsbeteiligungen

Aktive Direktinvestitionen erreichen bis Jahresmitte 10 Mrd. Euro

Seite 3

SPARKASSEN

Mehr Zulauf am Weltspartag 2011

Millionen sparfreudiger Kunden und eine feierliche Neueröffnung in Wien

Seite 5

EUROPA

EBA-Chef Enria formuliert Vorhaben

Große Bedeutung des permanenten Dialogs mit der Kreditwirtschaft

Seite 7

Postentgelt bar bezahlt. Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt Wien 1030 | Zig. Nr. GZ 02 Z 031269 M

SPARKASSEN NEWS

„Hörbare“ Geldgeschäfte für Blinde

Erste Bank und Sparkassen starten mit der Ausstattung der Selbstbedienungsgeräte mit auditiven Anleitungen für blinde und sehbehinderte Menschen. Bei der Erste Bank wird bis Ende 2011 mindestens je ein Selbstbedienungsgerät pro Foyer mit Kopfhörerbuchse und gekennzeichneter Gerätetastatur ausgerüstet sein. Insgesamt sind das 233 Geldauszahlungsgeräte in 140 Foyers, die Sparkassen setzen diese neue Funktion 2012 in ähnlicher Form um. „Wir sind die erste Bank, die flächendeckend barrierefreie Selbstbedienungsgeräte anbieten wird“, freut sich Klaus Mattes, Leiter Kartengeschäft Erste Bank Oesterreich. Der „Blindenbankomat“ wurde gemeinsam mit Experten des Österreichischen Blinden- und Sehbehindertenverbands entwickelt und in mehreren Testphasen optimiert.

Durch die Sprachausgabe an den Selbstbedienungsgeräten von Erste Bank und Sparkassen können blinden und sehbehinderten Menschen Geldgeschäfte nun auch selbst erledigen.

InvestmentCircle in Wr. Neustadt

Unter dem Titel „Werte und Währungen im Wandel“ lud die Wiener Neustädter Sparkasse anlageaffine Kunden zum InvestmentCircle, einer Kundenveranstaltung, die nun bereits seit einigen Jahren Tradition hat.
Mit Gertrude Tumpel-Gugerell, bis vor kurzem Direktorin der EZB, konnte eine Expertin als Referentin gewonnen werden, die den Kunden Hintergrundinformationen zu den aktuellen Entwicklungen im Euroraum näherbrachte. So ging sie auf die wirtschaftliche Lage in den verschiedenen europäischen Ländern ein und beleuchtete die Gründe für die derzeitige Krise. Aus ihrer Sicht sei es nun vorrangig für die Staaten und Banken der EU, umgehend das Vertrauen der Investoren und der Bevölkerung wiederherzustellen. Das sei nur durch entschlossenes und einheitliches Auftreten aller Entscheidungsträger zu erreichen.

Katharina Wolner, Ronald-Peter Stöferle, VDir. Andrea Klemm, Franz Kabicher, Gertrude Tumpel-Gugerell, Anton Nitzlader und Werner Jungwirth, Präsident des Sparkassenvereins.

Gründermesse in Graz

Die Steiermärkische Sparkasse veranstaltete gemeinsam mit der Steirischen Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftskammer zum zwölften Mal die Gründermesse „My Way“ in Graz. Heuer standen sowohl Gründer als auch Ein-Personen-Unternehmen im Mittelpunkt. „Unsere Veranstaltung hat gezeigt, dass die beiden Gruppen eng zusammengehören und fast dieselben Informationsbedürfnisse haben. Wir wollen mit der Messe einen Werkzeugkasten anbieten, aus dem sich jeder das Werkzeug herausnehmen kann, das er benötigt“, betonte VDir. Franz Kerber.

VDir. Franz Kerber (Steiermärkische Sparkasse), Landesrat Christian Buchmann, der steirische Wirtschaftskammerpräsident Josef Herk und Burghard Kaltenbeck, Geschäftsführer der Steirischen Wirtschaftsförderung,

Oktoberfest in Langenlois

Auch die Weinstadt Langenlois hat ein Oktoberfest. Anlässlich ihres 140. Geburtstags lud die Sparkasse Langenlois zu einem Frühschoppen mit Weißwurst und Bierbrezen in den Braugasthof Hartl. Dort überreichte Vorstandsvorsitzender Johann Auer den Brüdern Hartl die offizielle Staatsmeisterschaftsurkunde für das beste Bockbier Österreichs.

gen der Volatilität ein Geschäft ist, aus dem wir uns zurückziehen wollen. Wir haben also auf mark-to-market umgestellt und mit dem Verkauf begonnen. Mittlerweile sind wir aus diesem Geschäft heraus, und es wird keine CDS mehr bei uns geben. Das Kapitel ist abgeschlossen. Nur eine Bemerkung sei noch gestattet: Die Tatsache, dass wir alle Kreditgarantien in den letzten Wochen problemlos veräußern konnten, ist ein Indiz dafür, dass wir so schlecht nicht engagiert waren.

Die Firmenwertabschreibungen in Rumänien und Ungarn haben den Markt mit ihrer Dimensionierung überrascht …
Unser Investment in Rumänien datiert aus einer Zeit, als die Welt noch in Ordnung war. Und ich bin unverändert zufrieden darüber, dass wir diesen Schritt 2006 gesetzt haben. Das Land hat wirtschaftlich mittlerweile wieder Tritt gefasst und hat beträchtliche Wachstumspotentiale. Und mit ihm unsere Bank. Was wir getan haben, hat mit dem Kaufpreis zu tun, den wir damals bereit waren zu zahlen. Und den müssen wir nun in der Bilanz an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen.
Die Probleme in Ungarn andererseits haben nichts mit der internationalen Finanzkrise zu tun, die sind hausgemacht. Wir haben den Firmenwert – ebenfalls als Vorsichtsmaßnahme des ordentlichen Kaufmanns – völlig abgeschrieben. Das ist nicht nur eine Folge der ungarischen Regelung rund um die Fremdwährungskredite, sondern auch eine Antwort auf die generelle wirtschaftliche Lage in diesem Lande. 200 Mio. Euro betreffen die Fremdwährungskredite, weitere 250 Mio. Euro das Kreditengagement in Ungarn generell.

Haben Sie in den vergangenen Wochen bei manchen Politikern klammheimlich Freude über die Probleme der Erste Group verspürt?
Aber natürlich. Doch wer – wie ich im Mai dieses Jahres – kräftige Worte an die Adresse der Politik gerichtet hat, der darf nicht zimperlich sein. Wer austeilt, der muss dann schon auch einstecken. In solchen Situationen sieht man aber auch genau, wer einen unterstützt.

Wie sehen Sie nun die weitere Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten und in der Realwirtschaft der Europäischen Union?
Wenn ich mir Länder wie Tschechien, Slowakei, Polen, Finnland, die Niederlande, Schweden, die Schweiz, Deutschland und natürlich auch Österreich so ansehe, dann sage ich auf Wienerisch: Nicht so schlecht … Ist das wirklich die Basis für eine realwirtschaftliche Krise, die in eine Rezession übergeht? Natürlich haben wir an der Südflanke Europas beträchtliche Schwachstellen und Problemländer. Die Frage ist jetzt, ob die Wirtschaftskraft sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der von mir genannten Länder ausreichen, um diese Schwächen im Süden des Kontinents zu kompensieren und die Rezessionsgefahr in Europa zu bannen. Darauf gibt es leider derzeit noch keine schlüssige Antwort. Ganz im Gegenteil, es werden immer wieder neue Fragen aufgeworfen.

Aber die Nervosität auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten ist aufrecht. Davon geht eine beträchtliche Gefahr für die Psychologie der Realwirtschaft aus. Haben die Beschlüsse der Regierungschefs der EU-Staaten vom 26. Oktober nicht ausreicht, um zu beruhigen?
Entscheidend ist die Rückgewinnung des Vertrauens der Investoren rund um den Erdball, dass es sich wieder lohnt, in europäische Staatspapiere zu investieren. Dieses Vertrauen ist vorerst weg. Es gibt zwar quer durch Europa bei den Regierungen den erklärten Konsolidierungswillen, was deren öffentliche Haushalte betrifft, aber das scheint den Investoren zu wenig zu sein. Die wollen aktive Konsolidierungsmaßnahmen, die öffentliche Bekundung allein reicht offensichtlich den Märkten noch nicht. Wichtig war jedoch das Signal an die Kapitalmärkte: Selbst bei Italien sind wir bereit, den Schutzschirm soweit aufzuspannen, dass jeder Investor davon ausgehen kann, dass die Währungsunion steht und Staatsanleihen sichere Investments sind. Die Botschaft muss lauten: Wir räumen auf, und mit Europa ist auch in Zukunft stark zu rechnen!

„Wer wie ich im Mai dieses Jahres kräftige Worte an die Adresse der Politik gerichtet hat, der darf nicht zimperlich sein. Wer austeilt, der muss dann schon auch einstecken.“

Wie kann man aber verhindern, dass die Realwirtschaft vom Vertrauensverlust in Mitleidenschaft gezogen wird?
Die Wirtschaftspolitik in den meisten europäischen Industriestaaten steht vor einer Herkulesaufgabe: Es geht um den schwierigen Spagat zwischen glaubwürdiger Konsolidierung und gleichzeitiger Nutzung aller Wachstumspotentiale. Das heißt, die Konsolidierung darf dem Wirtschaftswachstum nur möglichst wenige Impulse wegnehmen. Das ist eine Gratwanderung, die alle fordert.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat es eine Fülle von EU-Treffen auf Spitzenebene gegeben. Glauben Sie, dass solches Zusammentreffen in dichter Abfolge das Engagement der Betroffenen für den europäischen Einigungsprozess intensiviert bzw. die handelnden Spitzenpolitiker auch zusammenschweißt?
Ich hoffe das sehr, und es gibt auch schon Anzeichen dafür. Eine der Lehren der jüngeren Vergangenheit ist doch: Einen stabilen Euroraum gibt es nur mit einer gemeinsamen Finanzpolitik. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, Europa gleichsam neu zu überdenken. Wie schaffen wir es, die unbestreitbare Lebensqualität dieses Kontinents etwa in der Sozial- und Gesundheitspolitik zu bewahren, ohne in der ruinösen Schuldenfalle zu verharren? Wir haben ja hier wesentlich geringere Wohlstandsdisparitäten als beispielsweise in den USA oder in diversen Emerging Markets. Die Steuersätze können durchaus weiterhin ein standortpolitisches Kriterium bleiben. Aber warum gehen in einem Lande die meisten Menschen mit 55 Jahren in Pension und in einem anderen Staat mit 67 Lebensjahren? Diese Diskrepanzen sind auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Das hat etwa das Beispiel Griechenland eindrucksvoll gezeigt.

Zurück zu den EU-Beschlüssen in Sachen Eigenkapital systemrelevanter Banken …
Also, die 9 Prozent zur Jahresmitte 2012 sind eine Latte, die wir als Erste Group mit Sicherheit erreichen können. Dieses Erfordernis wirft allerdings eine ganz wichtige Frage auf, und das ist die Konsolidierung. Denn dann sind die Sparkassen Mitglied einer Bankengruppe, die 9 Prozent Eigenkapital halten muss. Damit wären die 9 Prozent meiner Ansicht nach ein Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen, dezentral organisierten Instituten. Mit dieser Problematik müssen wir uns auseinandersetzen. Wichtig ist dabei, dass die Zusammenarbeit in der Sparkassengruppe unter allen Umständen erhalten bleibt, wie immer die Lösung dann aussieht. Egal, welchen Weg wir gehen, das, was wir uns als gemeinsame Basis geschaffen haben, das müssen wir uns auch erhalten. Das hat uns stärker gemacht.

Wie sieht es mit dem Partizipationskapital des Bundes aus?
Wir werden in den kommenden Jahren eben so viel verdienen müssen, dass wir dieses zurück zahlen können. Ich glaube auch nicht, dass wir eine Kapitalerhöhung brauchen, um die bereits zitierten 9 Prozent zu erreichen.

Jeder Politiker, der auf sich hält, betont derzeit, er werde alles tun, um eine Kreditklemme zu verhindern. Sehen Sie sich bestätigt?
Meine pointierten Äußerungen vom Mai dieses Jahres waren ja genau auf dieses Thema ausgerichtet: Bei aller Würdigung des Anliegens, das Eigenkapital der Banken zu erhöhen habe ich darauf hingewiesen, dass den Regulatoren und den ihnen Beifall spendenden Politikern nicht klar ist, was das für die Finanzierung der KMU bedeuten könnte. Ich will meine damaligen Aussagen nicht überbewerten, aber mittlerweile hat sich das Bewusstsein für die Problematik der künftigen Finanzierung der KMU quer durch Europa deutlich geschärft.

Das Gespräch führte Milan Frühbauer.

Österreichs Unternehmen stärken Auslandsbeteiligungen

Aktive Direktinvestitionen erreichten bis Jahresmitte 10 Mrd. Euro

Die Direktinvestitionen heimischer Betriebe haben wieder Tritt gefasst.

Milan Frühbauer

Es gibt auch Erfreuliches aus der Realwirtschaft zu berichten. Das Auslandsengagement heimischer Unternehmen wird wieder intensiver. Es kommt dabei zu interessanten regionalen Akzentverschiebungen. Stärkung des Bestehenden hat allerdings Vorrang vor Neubeteiligungen. Regional gibt es eine Verschiebung nach Westeuropa. Für brasilianische Holdinggesellschaften wird Österreich ein interessanter Standort.

Österreichische Direktinvestoren haben im ersten Halbjahr 2011 mit 10 Mrd. Euro erhebliche Finanzmittel im Ausland neu veranlagt. Im Gegenzug haben auch ausländische Geldgeber in heimische Unternehmen 8,6 Mrd. Euro investiert. Diese Entwicklung deute jedoch – so die Nationalbank in einer Analyse – nicht auf ein optimistisches Investitionsklima hin, da die Mittel vorwiegend in bereits bestehende Beteiligungen flossen. Als Folge der anhaltend unsicheren Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten wagen sich heimische Unternehmen derzeit nur selten an neue Beteiligungen. Gleichzeitig verschob sich der Anlageschwerpunkt merkbar nach Westeuropa, während bislang wichtige Zielgebiete in Mittel-, Ost- und Südosteuropa an Bedeutung verloren. Von den in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres getätigten 10 Mrd. Euro Direktinvestitionen entfielen 6,9 Mrd. Euro auf Eigenkapital, 300 Mio. Euro auf reinvestierte Gewinne und 2,8 Mrd. Euro auf Kreditgewährungen. Nur in den drei Halbjahren vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise Mitte 2008 waren höhere Beträge investiert worden. Umgekehrt flossen mit 8,6 Mrd. Euro auch deutlich mehr Finanzmittel aus dem Ausland nach Österreich als zuletzt. Die Eigenkapitalkomponente war hier mit 4,9 Mrd. Euro ebenfalls hoch und die reinvestierten Gewinne mit 400 Mio. Euro gering; 3,3 Mrd. Euro entfielen auf erhaltene konzerninterne Kredite. Bei den passiven Direktinvestitionen markiert das erste Halbjahr den dritthöchsten Zufluss in einem Halbjahr.

Noch kein wirklicher Aufschwung

Dennoch könne man noch nicht von einem wirklichen Aufschwung bei grenzüberschreitenden Investitionsaktivitäten sprechen, da das Ergebnis des Berichtshalbjahres von der Einbringung des österreichischen Autohandelsunternehmens Porsche Holding in den VW-Konzern durch die in Österreich ansässigen Eigentümerfamilien dominiert werde. Daraus resultierten sowohl aktiv- als auch passivseitig erhebliche Direktinvestitionen.

Dazu kommt, dass in beiden Richtungen vorwiegend in bestehende grenzüberschreitende Beteiligungen investiert wurde, wobei in einer nicht unerheblichen Zahl der Fälle Verlustabdeckungen und Kapitalstärkungen das Motiv gewesen sein dürften.
Ein deutlich positives Signal sind hingegen die rekordverdächtigen Gewinnausschüttungen: Heimische Investoren lukrierten bis Ende Juni 2011 4,7 Mrd. Euro an Gewinnanteilen, mehr als jemals zuvor; an ausländische Eigentümer flossen 3,1 Mrd. Euro aus ihren österreichischen Beteiligungen.

Diese hohen Ausschüttungen sind gleichzeitig die Erklärung für die relativ geringen Reinvestitionen.

Mehr Engagement in Westeuropa

Die Aufgliederung der aktiven Direktinvestitionen nach Zielländern spiegelt ebenfalls eine deutlich veränderte Situation wider: Von den früher dominierenden Zielländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas scheinen 2011 nur Russland und Kasachstan mit 280 bzw. 240 Mio. Euro an Neuinvestitionen unter den ersten Zehn auf. Nach dem Spitzenreiter Deutschland (+3,6 Mrd. Euro) folgen Großbritannien (+1,5 Mrd. Euro) und Frankreich (+1,1 Mrd. Euro, vorwiegend aus Konzernkrediten). Die Cayman Islands, die Niederlande und USA liegen bereits mit erheblichem Abstand zurück. Bei der Herkunft der ausländischen Direktinvestitionsmittel dominieren Deutschland und Italien mit einer Zufuhr von +4,0 Mrd. Euro bzw. +3,3 Mrd. Euro. Die Positionierung Gibraltars auf Platz vier mit 780 Mio. Euro reflektiert unter anderem die Fusion der österreichischen bwin Interactive Entertainment AG mit der britischen PartyGaming Plc. Brasiliens sechster Platz (610 Mio. Euro) ist Ausdruck der seit kurzem zu beobachtenden wachsenden Beliebtheit Österreichs als Standort für brasilianische Holdinggesellschaften.

EINBLICK

Wachstum braucht Pflege

Aktive Standortpolitik als Konsolidierungsbeitrag

Milan Frühbauer

Es gibt ja doch noch Wirtschaftsmeldungen, die nicht sofort kollektive Panik auslösen. Auf die monatlichen Veröffentlichungen der Daten aus dem österreichischen Außenhandel ist Verlass. Noch!
In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind die Exporte um 15 Prozent gestiegen. Also, wenn das nicht der Nachweis anhaltender internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist, was dann? Doch Vorsicht: Im selben Zeitraum wuchsen die Importe um 18,5 Prozent. Was mehr als eine Verdoppelung des Handelsbilanzdefizits zur Folge hatte. Es könnte demnach im heurigen Jahr mit dem Überschuss in der Zahlungsbilanz „haarig" werden. Dieser wiederum ist eines der Fundamente des Triple A für Österreich.

Herkules-aufgabe

Während das Konsumklima im Inland ungebrochen gut ist und die Einfuhren auf stabilem Wachstumskurs hält, beginnen die Exporteure die konjunkturellen Probleme in vielen Abnehmerländern zu spüren. Selbst in den sogenannten Drittstaaten, also in Ländern außerhalb der EU.
Aus konjunkturpolitischer Sicht ist klar: Nach wie vor sind die österreichischen Exporte ein entscheidender Wachstumsmotor, aber dessen Drehzahl nimmt langsam ab.
Das muss jetzt jene in der Wirtschaftspolitik auf den Plan rufen, die sich mit der Standortattraktivität und den Strukturfragen beschäftigen.
Aber gibt es die überhaupt? Natürlich dominieren die internationale Finanzkrise und das Schuldenrisiko entlang der mediterranen Flanke der Währungsunion das Interesse der politischen Entscheidungsträger. Auch ein kräftiger Schuss Polemik – etwa beim Ruf nach der Finanztransaktionssteuer – darf beim allwöchentlichen Ministerratsfoyer nicht fehlen. Sicherlich, das Bekenntnis zur Budgetkonsolidierung auch in Österreich ist allgegenwärtig. Vor allem der Bundeskanzler scheint bei den vielen Krisentreffen in Brüssel einen emotional nachhaltigen Eindruck davon bekommen zu haben, wie ein Land endet, wenn es nicht „rechtzeitig seine Hausaufgaben macht" …
Die Konsolidierung des Staatshaushalts ist auch hierzulande eine Herkulesaufgabe, zumal wenn Budgetbomben wie die Hacklerregelung trotz Schuldenquote von gut 75 Prozent das Ablaufdatum 2013 bekommen.
Umso wichtiger ist es daher, das reale Wachstum zu erhalten. Die Prognose für das kommende Jahr liegt bei einem bescheidenen Prozentpunkt, aber die Wirtschaftsforscher könnten ja auch einmal nach oben falsifiziert werden.

Ermutigung ist angesagt

Dazu braucht es eine Wachstumspolitik, die weiß, was sie will. Etwa die Ermutigung zusätzlicher Unternehmen aus dem Bereich der KMU, beim Angebot von Waren und Dienstleistungen auch über die nationalen Märkte hinaus aktiv zu werden. Ermunterung und strukturpolitische Unterstützung sind gefragt. Dazu gehört, dass man die Finanzierungsfrage auch beim Namen nennt. Und dass man endlich den unleugbaren Zusammenhang zwischen überdrehten Eigenmittelvorschriften für Retailbanken und ausreichender Fremdmittelzufuhr für die KMU öffentlich anspricht.
Diskussionen über Steuererhöhungen sind für die Standort und Strukturpolitik genau so Gift wie überzogene Lohn- und Gehaltsforderungen.
Notwendig sind hingegen Reformbereitschaft in der Bildung und Innovationsbereitschaft in Gesundheit, Verwaltung oder auch Technologiepolitik. Es gibt ihn noch, den autonomen konjunkturpolitischen Spielraum! Man muss ihn nur nutzen wollen …

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie" ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Urlaub für Alleinerzieherinnen

Sieben Tage den Alltagssorgen entfliehen: Das ist das Motto des Volkshilfe-Projekts: „Kraft tanken – Urlaub für Alleinerziehende“. Mit Unterstützung der Steiermärkischen Sparkasse hatten 111 Mütter mit ihren Kindern im Sommer eine schöne Zeit, die auch in ihren Alltag nachwirkt.
„Dieser Urlaub soll den Müttern einerseits Entspannung und Erholung, andererseits aber auch nachhaltig etwas bringen. Es entstehen in dieser Woche immer wieder Freundschaften, die den Frauen auch im Alltag zugutekommen“, erklärt Barbara Gross, ehrenamtliche Präsidentin der Volkshilfe Steiermark.

Volkshilfe-Präsidentin Barbara Gross und der Vorstandsvorsitzende der Steiermärkischen Sparkasse, Gerhard Fabisch

Neue Bälle für Schulkinder

Die Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG hat die Volksschule Otto Glöckel in St. Pölten mit 20 neuen Sportbällen ausgestattet. Die Aktion entstand auf Initiative von Sportreporter Andi Gröbl, der seinen Draht zu prominenten Sportlern nutzt und Bälle von Prominenten signieren lässt.
Die Bälle können dann von Firmen oder Einzelpersonen erworben werden. Das eingenommene Geld wird wieder für den Ankauf von Bällen für Schulen oder Vereinen verwendet. Gröbl will mit dieser Aktion die „Lust zur Bewegung bei Kindern“ fördern. Hunderte Bälle konnten so schon in ganz Österreich Kindern übergeben werden.

Gernot Kitzler, VDir. Helge Haslinger (beide Sparkasse NÖ Mitte West), Lehrerin Karin Deminger, Peter Lafite (Sparkasse), Initiator Andreas Gröbl und Rainer Siedler

Aus der Krise gewinnen

„Sicherheit gibt es nicht mehr. Die neue Formel lautet: Wer Sicherheit will, darf vor Unsicherheit keine Angst haben.“ Mit diesen Worten ließ der langjährige ORF-Wirtschaftsjournalist Walter Sonnleitner bei einem Informationsabend der Sparkasse Waldviertel Mitte aufhorchen. Das Thema des Abends lautete: Retten Sie Ihr Geld … und gewinnen Sie in der Krise. Sonnleitner: „Nur wer sich dem Risiko stellt und mit dem Risiko rechnet, kann in der Krise gewinnen. Es gilt also die Regel: In Krisenzeiten geht es nicht darum, ob unser Geld auch Ertrag abwirft und wie viel. Es geht einzig und allein darum, dass wir im Ernstfall möglichst wenig Verluste erleiden.“

Elisabeth Altschach, Martin Dastl, Andreas Hasenberger, VDir. Franz Pruckner, Walter Sonnleitner und Birgitt Stark

Kunst erschwinglich machen

Bereits zum fünften Mal öffnete der Wiener Kunstsupermarkt in der Wiener Mariahilfer Straße seine Pforten. Unter dem Motto „Kunst erschwinglich machen“ bietet der Kunstsupermarkt Originalkunstwerke zu günstigen Preisen. Insgesamt zehn Wochen lang können Kunstinteressierte Originale von jungen Talenten sowie bereits renommierten Künstlern aus dem In- und Ausland erwerben. Das Spektrum reicht dabei von Zeichnungen über Aquarelle, Acryl- und Ölgemälde bis hin zu Kleinplastiken und Fotografien. Die Preise bewegen sich zwischen 50 und 299 Euro. Die börsennotierte S IMMO AG stellt dem Kunstsupermarkt Räumlichkeiten in einem ihrer Gebäude zur Verfügung.

Foto: Gernot Singer

Der Wiener Kunstsupermarkt hat nur zehn Wochen geöffnet und bietet Originalkunstwerke.

„Der Kredithahn ist offen“

Sparkassengruppe vergab heuer bereits 8,1 Mrd. Euro an Neukrediten

Erste Bank und Sparkassen vergaben in den ersten drei Quartalen 2011 insgesamt 8,1 Milliarden Euro an Krediten und damit um 22,1 Prozent mehr als im Vorjahresvergleich bzw. sogar mehr als im Gesamtjahr 2010.

„Die Nachfrage nach Krediten war höher, als wir ursprünglich erwartet hatten“, interpretiert Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank Oesterreich, die überraschenden Ergebnisse. Angezogen haben vor allem Investitions- und Wohnbaukredite. Für das vierte Quartal und das Jahr 2012 sieht der Chef des Sparkassen-Leitinstituts aber schon wieder die Trendwende: „Für 2012 rechnen wir trotz EZB-Leitzinssenkung mit einem Rückgang der Nachfrage nach Krediten. Die Investitionsfreude der Unternehmen geht erkennbar zurück.“

Kreditkosten könnten steigen
Die Gefahr einer Kreditklemme sieht die Bank jedoch nicht: „Ich sehe keine Kreditklemme, weder für heuer noch für das Jahr 2012. Unser Kredithahn ist und bleibt offen“, fasst Thomas Uher die Einschätzung der Sparkassengruppe in Sachen Kreditfinanzierung zusammen. Für das Jahr 2012 sehen die Experten der Erste Bank ein eher moderates Marktwachstum (Kreditbestand) von rund 2 Prozent oder 6,3 Mrd. Euro. Private sowie kleine und mittelständische Unternehmen werden nach Einschätzung der Erste Bank auch weiterhin Kredite bekommen, die Kreditkosten werden sich allerdings erhöhen. „Das ist wie beim Benzin. Wenn der Preis für das Rohöl steigt, dann steigt auch der Benzinpreis. Derzeit steigen durch Basel III und die Eigenkapitalbestimmungen der Aufsichtsbehörden europaweit die Liquiditätskosten, was die Verteuerung der Kredite nach sich ziehen wird“, so der Finanzexperte.

Kreditbestand: 65,7 Milliarden
Erste Bank und Sparkassen halten insgesamt einen Kreditbestand von 65,7 Milliarden Euro per 30.9.2011, das sind, verglichen mit Ende 2010, um 1,6 Prozent oder 1 Mrd. Euro mehr (64,7 Mrd. Euro). Der Kreditbestand wächst dann, wenn es mehr Neukredite als auslaufende Kredite gibt. Derzeit vergibt die Sparkassengruppe netto also mehr Kredite. Bei privaten Haushalten hält die Sparkassengruppe laut Nationalbankstatistik einen Marktanteil von 19 Prozent im Finanzierungsgeschäft, bei den Unternehmenskrediten sind es 17 Prozent. - red -

in Mio. Euro	Gesamtjahr 2009	Gesamtjahr 2010	1-9 2010	1-9 2011	Veränderung in Prozent (zur Periode)
Privatkunden	2.175	2.178	1.710	2.113	23,6
Firmenkunden	5.185	4.803	4.134	4.859	17,5
Haftungen	1.078	855	764	1.096	43,5
Summe	8.438	7.836	6.608	8.068	22,1

Neufinanzierungen der Erste Bank und Sparkassen an österreichische Privat- und Firmenkunden

Verbraucher sind noch frohen Mutes

Schuldenabbau hat oberste Priorität für private Haushalte

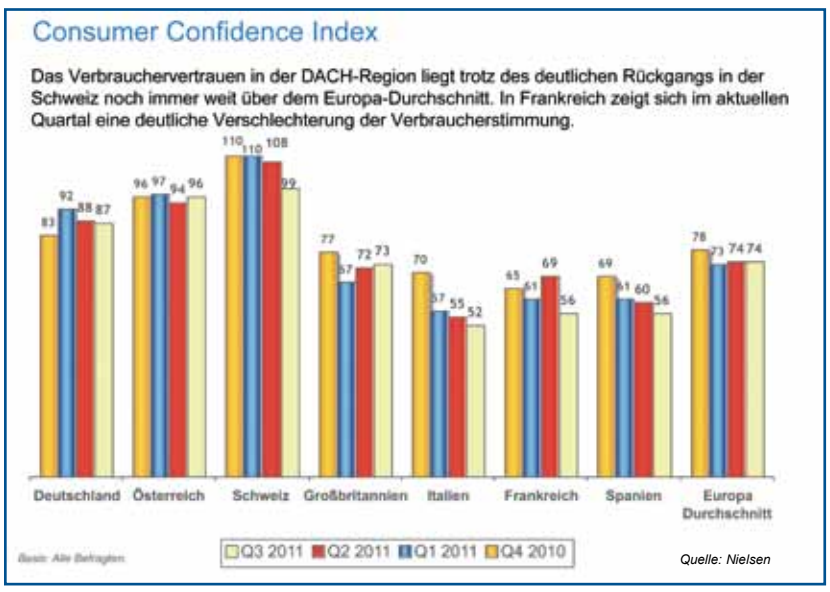
Während das Vertrauen der Verbraucher weltweit leicht sinkt und in Österreich noch leicht zulegt, haben die weltweiten Entwicklungen doch Wirkung auf die Einschätzung der Konsumenten. Die Sorge um die wirtschaftliche Lage rückt wieder in den Vordergrund. Das belegt eine internationale Online-Umfrage, bei der Nielsen im Zeitraum August/September 2011 rund 28.000 Internetnutzer aus mehr als 50 Ländern – darunter 500 aus Österreich – befragte.

Das Verbrauchervertrauen in Österreich war im dritten Quartal dieses Jahres nach einem leichten Dämpfer wieder etwas besser (94 nach 96 Punkte) und steigert damit das ohnehin schon zuvor hohe Niveau. Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit im Spitzenfeld. Die gesamte DACH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz) rangiert – trotz des aktuell deutlichen Rückgangs in der Schweiz – merkbar über dem europäischen Durchschnitt. Weltweit ist das Vertrauen hingegen um einen Punkt gesunken. Das meiste Vertrauen weltweit haben die Konsumenten in Indien (121 Punkte), in Europa in Norwegen (101 Punkte). Das wenigste Vertrauen zeigen Konsumenten in Portugal (40 Punkte) und Ungarn (47 Punkte).

Ähnlich positiv wie der Arbeitsmarkt entwickelt sich die Einschätzung der Berufsaussichten in Österreich. Auch die finanziellen Perspektiven und die Anschaffungsneigung bleiben auf hohem Niveau stabil. Die Österreicher scheinen sich von der generellen weltweiten Entwicklung eher noch zu distanzieren.

Schuldenabbau ist ein Thema
Trotz der positiven Entwicklung zeigen sich auch in Österreich Veränderungen beim Konsum. Während vor einem Quartal noch Urlaube und Reisen im Vordergrund standen, verwenden die Konsumenten in Österreich jetzt mehr von jenem Geld, das nach Deckung der Lebenshaltungskosten übrig bleibt, für die Abzahlung von Schulden (36 Prozent Nennungen). An zweiter Stelle folgen Freizeitaktivitäten außerhalb der eigenen vier Wände (32 Prozent), danach Spareinlagen und Urlaub/Reisen.
Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt verwenden relativ viele österreichische Konsumenten ihr Geld für den Abbau von Schulden sowie das für die Altersvorsorge.
Obgleich das Vertrauen der Konsumenten in Österreich auf hohem Niveau liegt, scheint die Eurokrise sich auzuwirken. Die Sorge um die wirtschaftliche Lage lag vor einem Quartal noch auf Platz drei, nun ist sie wieder die größte Sorge der österreichischen Konsumenten (29 Prozent Nennungen). Auch um steigende Wohnneben- (22 Prozent) und Lebensmittelkosten (18 Prozent) sorgen sich die Konsumenten hierzulande, während die Angst um den Arbeitsplatz parallel zur positiven Arbeitsmarktlage in Österreich keine so große Rolle spielt. Nur jeder Achte artikuliert hier Sorgen.

Sparpotential beim Lebensmitteleinkauf
Die Ausgaben für Lebensmittel werden von den Österreichern weiter als Sparpotential wahrgenommen. Der Kauf günstigerer Lebensmittel und Reduktion bei Take-away-Mahlzeiten zählen zu den beliebtesten Sparmaßnahmen. Eine weitere sehr beliebte Sparmaßnahme ist die Einschränkung beim Kauf von Kleidung.



Mehr Zulauf am Weltspartag 2011

Millionen sparfreudiger Kunden und eine feierliche Neueröffnung in Wien

Andreas Feichtenberger

Die Zahlen zum diesjährigen Weltspartag belegen das Interesse an Finanzen und die Bereitschaft zum Sparen: Rund 1,5 Millionen Menschen besuchten die Bank ihres Vertrauens, und fast drei Viertel taten dies aus einer Tradition heraus.

Die wiedererwachte Begeisterung für das Sparen sorgte für eine gute Bilanz: Nahezu 10 Millionen Euro (9,9 Mio.) wurden am heurigen Weltspartag allein an den Schaltern der Erste Bank Oesterreich eingezahlt. Das sind um 2 Millionen Euro oder 23 Prozent mehr als im Jahr davor (8,04 Mio. Euro). Insgesamt wurden 1.971 neue Sparbücher eröffnet und 16.719 Einzahlungen getätigt. 2010 waren es 1.469 Neueröffnungen und 14.198 Einzahlungen. Der durchschnittliche Einzahlungsbetrag lag damit bei 590 Euro. Laut aktueller Umfrage legt jeder Österreicher rund 168 Euro pro Monat auf die hohe Kante. „Das Hauptmotiv beim Sparen ist das Bedürfnis, auch für schlechte Zeiten gut vorzusorgen“, sagt Erste-Privatkundenchef Peter Bosek. 86 Prozent aller Österreicher begründen ihr Sparen damit, „einen Notgroschen zur Verfügung haben zu wollen“. Zweitstärkstes Motiv sind große Anschaffungen wie eine Wohnung oder ein neues Auto.

Filialeröffnung am Graben 21

Rechtzeitig zum Weltspartag sorgte ein Event am Wiener Graben für breites Interesse: Die Erste Bank hat ihr neu adaptiertes Beratungszentrum am Graben 21 wiedereröffnet. Das 186 Jahre alte Traditionshaus hat in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien auf der Tuchlauben-Seite geöffnet und neuen Geschäftsflächen Platz gemacht. Die fast 190 Jahre alte Filiale wurde nach rund acht Monaten Umbau neu in Betrieb genommen. Im Vordergrund des Umbaus stand die Revitalisierung des wohl prominentesten Ecks des Wiener Stadtkerns Graben – Kohlmarkt –Tuchlauben. Im Beisein der Kaufmannschaft des 1. Bezirks – darunter Ferid Besim (Adil Bessim), Friedrich Jonak (Hermes & Giorgio Armani), Hermann Gmeiner-Wagner (Juwelier Gmeiner-Wagner) und Elisabeth Gürtler (Hotel Sacher) – eröffneten Andreas Treichl, CEO der Erste Group, sowie Thomas Uher und Peter Bosek, Vorstandsmitglieder der Erste Bank Oesterreich, die neue Hauptfiliale. Architekt Markus Spiegelfeld legte beim Umbau größten Wert auf die historische Fassade und die zeitgemäße Interpretation der damaligen Ladenbautradition sowie auf die offene Kassen- und Beratungshalle.

Beratung jetzt auch am Samstag

Die Neueröffnung wurde zudem genutzt, um ein neues Service der Erste Bank zu starten: Verlängerte Öffnungszeiten. Auch wenn Telefon- und Internetdienste, 24h Service und mobile Applikationen die Bedienung für Bankkunden sehr komfortabel machen, die individuelle Beratung und das persönliche Gespräch bleiben das Kernelement von Bankdienstleistungen. Die Erste Bank trägt diesem Umstand mit neuen Öffnungszeiten Rechnung. Ab sofort wird die vollkommen neu gestaltete Filiale in der Wiener Innenstadt auch am Samstag zwischen 10 und 13 Uhr für die Kunden geöffnet halten. Interessierte können somit auch außerhalb der regulären Arbeitszeiten mit oder ohne vereinbarten Kundentermin Beratungsgespräche wahrnehmen. Aber nicht nur am Graben werden die Öffnungszeiten erweitert. Auch die übrigen rund 80 Filialen in Wien werden ab sofort über die Mittagsstunden nicht schließen. Diese Ausweitung wird mehr Zeit für den Kunden bringen und auch auf dem Markt ein starkes Zeichen setzen. Die Anforderungen haben sich gewandelt. Der Kunde verlangt nach mehr Zugänglichkeit und Flexibilität seitens der Banken. Wer heute 40 Stunden oder mehr im Büro verbringt, findet kaum Zeit seine Finanzangelegenheiten vor Ort mit seinem Betreuer zu besprechen. Die Hausherren Andreas Treichl und Peter Bosek gaben sich bei der Eröffnung der traditionsreichen Räumlichkeiten überzeugt: „Wir wollen uns noch stärker öffnen.“

Die Vorstände der Erste Bank Oesterreich, Thomas Uher und Peter Bosek, mit Sparefrohmädchen in der neu gestalteten Zentrale der Erste Bank

Der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer zu Besuch bei Generaldirektor Markus Limberger in der Sparkasse OÖ

400 Kinder fanden in der Weltsparwoche den Weg in die Zentrale der Kärntner Sparkasse. Im Bild: Diethard Theuermann, Manuela Hyden, die beiden Vorstandsmitglieder Gabriele Semmelrock-Werzer und Siegfried Huber sowie Maximilian Petritsch mit den jüngsten Weltspartagsbesuchern.

Schulkinder mit Sparbuch und Sparbüchse in der Sparkasse Scheibbs

AUSBLICK

Der Druck wird steigen

Geduld der Sparer ist nicht endlos

Christine Domforth

Er kam, sah und senkte: Bereits an seinem dritten Arbeitstag schraubte der seit Anfang November amtierende neue EZB-Chef Mario Draghi die Leitzinsen um einen Viertelpunkt auf 1,25 Prozent zurück. Im Dezember, so vermuten Experten, könnte eine weitere Reduktion auf 1 Prozent folgen. Während die Kreditnehmer von den rekordtiefen Zinsen profitieren, sind diese für die Sparer eine mehr als bittere Pille. Immerhin verharrt die Inflation schon seit Monaten auf relativ hohem Niveau. In der Eurozone lag sie zuletzt bei 3 Prozent und damit deutlich über der von der EZB selbst definierten „Zielgröße“ von 2 Prozent. In Österreich betrug die Teuerung im September sogar 3,6 Prozent. Für das kommende Jahr wird zwar allgemein mit einem etwas schwächeren Preisanstieg gerechnet. Ob diese optimistischen Prognosen eintreffen werden, bleibt allerdings abzuwarten. So manchem Politiker käme es ja durchaus gelegen, könnte man die Staatsschulden, die in den meisten westlichen Industriestaaten zu hoch sind, einfach weginflationieren, anstatt sie durch unpopuläre Sparmaßnahmen abzubauen ...

Zinsen vorerst zweitrangig

Angst & Gier – das sind im Kern die Motive, von denen sich die Anleger seit je leiten lassen. Weil die Schuldenkrise seit Wochen für immer neue Negativschlagzeilen sorgt, ist die Rendite derzeit zweitrangig. Gefragt ist vor allem Sicherheit. Deshalb kaufen die Leute Goldbarren, die keinen Ertrag abwerfen und für die man noch Safe-Miete und Versicherung berappen muss, und akzeptieren für Immobilien – also „Betongold“ – zum Teil bereits weit überhöhte Preise. Ganz oben in der Beliebtheitsskala rangiert das gute alte Sparbuch. Das zeigte sich nicht zuletzt am 31. Oktober, wo viele Österreicher sich nicht nur die mehr oder minder sinnvollen Weltspartagsgeschenke abholten, sondern auch durchaus stattliche Beträge einzahlten. Angesichts der niedrigen Zinsen ist das Sparbuch – unabhängig von der Bindungsfrist – allerdings ein glattes Verlustgeschäft. Erst bei einer Verzinsung von 4,8 Prozent würde man aktuell nach KEst und Inflation pari aussteigen, doch die bekommt man nirgendwo.

Produkte für später

Auf Dauer werden sich die Bankkunden allerdings nicht mit negativer Realverzinsung, sprich Geldvernichtung, zufriedengeben. Das gilt vor allem dann, wenn sich die europäische Schuldenkrise eines Tages entspannt und damit die Angst nachlässt. Die Geldinstitute stecken also in einer veritablen Zwickmühle. Wegen der neuen regulatorischen Bestimmungen – Stichwort Basel III – sind sie zwar auf Einlagen noch mehr als bisher angewiesen. So billig wie jetzt werden es die Kunden aber künftig nicht mehr geben, der Druck auf die Geldinstitute wird steigen. Will man das Geschäft nicht den Onlinebanken überlassen, die die Kunden mit höheren Zinsen zu ködern versuchen, müssen sich die traditionellen Filialbanken etwas einfallen lassen. Ein Ansatz könnten attraktive neue Wertpapierprodukte sein, die nicht nur der Bank Provisionseinnahmen bringen, sondern vor allem dem Kunden bei vertretbarem Risiko die Chance auf echte Realverzinsung bieten. Vernünftige Altersvorsorge, die ja angesichts des maroden staatlichen Pensionssystems immer wichtiger wird, kann sicher nicht allein auf dem guten alten Sparbuch aufgebaut sein, sondern muss auch längerfristige Anlageformen mit einbeziehen. Dass die Kapitalmarktkultur hierzulande unterentwickelt ist und viele Politiker jeden Wertpapieranleger gleich als üblen Spekulanten verteufeln, der mit einer Kursgewinnsteuer „bestraft“ werden muss, macht die Sache freilich nicht einfacher …

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Der „Notgroschen“ Europas

CEE- Studie zeigt sehr unterschiedliche Sparkulturen quer durch Europa

Das Sparverhalten in Zentraleuropa weicht von jenem in Osteuropa stark ab. Während in Österreich, Tschechien und der Slowakei jeder Zweite regelmäßig Geld beiseite legt, setzt sich der Spargedanke in Ungarn und der Ukraine erst schrittweise durch.

Die Bilder sind sehr unterschiedlich: In Großbritannien etwa wird doppelt so viel Geld ausgegeben wie gespart. Im Vergleich dazu drehen vor allem die Slowaken und die Ungarn jeden Cent bzw. Forint zweimal um.

Nominell hat Österreich mit einem monatlichen Sparbetrag von 168 Euro, einen historischen Höchststand erreicht. Im Vergleich dazu sparen die Bürger Großbritanniens pro Monat etwa 160 Euro (+12 Prozent), geben aber zweimal mehr Geld aus als sie sparen. Die Zahl jener Menschen, die über keine Ersparnisse verfügen, ist um ein Drittel zurückgegangen. Unter den Befragten, die noch nicht sparen, gab jeder vierte an, damit in den nächsten drei bis sechs Monaten zu starten.

Die Deutschen wiederum sparen aus Tradition. 2010 wurden 180 Euro oder 11,3 Prozent des verfügbaren Einkommens pro Monat zur Seite gelegt. Weder die Turbulenzen auf den Finanzmärkten noch die starke Rezession hat das Sparverhalten der Deutschen nachhaltig beeinflusst. Innerhalb der CEE-Region sind die Tschechen und die Slowaken die eifrigsten Sparer. Sie legen pro Monat 90 Euro beiseite. Am anderen Ende der Skala rangieren die Ungarn mit rund 50 Euro und die Ukrainer mit etwa 40 Euro pro Monat.

Vom Sparbuch bis zur Pensionsversicherung

„In Tschechien besitzt jeder Zweite einen Bausparvertrag – in Österreich gilt dies sogar für 64 Prozent der Bevölkerung“, betont Martin Škopek, Vorstandsmitglied der Erste Group. „Die Slowaken bevorzugen hingegen das Sparkonto. Beinahe die Hälfte der Befragten verfügt über ein solches. In Ungarn und der Ukraine zeigt sich, dass Sparprodukte noch nicht so beliebt sind.“ Die Ungarn entscheiden sich großteils für Lebens- und Kapitalversicherungsprodukte, in fast gleichem Ausmaß aber auch für Sparbücher bzw. elektronische Sparkonten. Die Ukrainer bevorzugen rascheren Zugriff auf ihre Ersparnisse und wählen daher meist die Karte. Nur 15 Prozent verfügen über ein Sparbuch.

„In Zentral- und Osteuropa legen die meisten Menschen Geld zur Seite, um finanziell abgesichert und für den Notfall vorbereitet zu sein, während jeder zweite Österreicher, Tscheche, Slowake oder Ungar auch für das Alter spart“, erläutert Škopek die regional unterschiedliche Motivlage.

Was das Sparen für beabsichtigte Käufe betrifft, so werden die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern deutlich: Etwa drei Viertel der Slowaken, Tschechen und Österreicher sparen gezielt für Anschaffungen. In Ungarn und in der Ukraine ist dieser Anteil wesentlich kleiner (40 Prozent bzw. 49 Prozent).

Zentral- und Osteuropäer sind insgesamt ziemlich optimistisch, was ihre künftige Sparleistung betrifft: Etwa drei Viertel der in Österreich, der Slowakei, der Tschechischen Republik und der Ukraine Befragten erwarten, dass sie in Zukunft mindestens so viel wie derzeit sparen werden. - afe -

12,7 Prozent für Pensionen

Vergleich der Pensionssysteme in Europa

Die letzten Monate haben gezeigt, wer in der EU den Ton angibt. Österreich liegt bei den Kosten der „ersten Säule“ der Pensionssicherung, also dem Umlageverfahren, europaweit an dritter Stelle. Der Reformbedarf ist groß. Länder, in denen die zweite Säule und die Eigenvorsorge deutlich mehr Bedeutung haben, verfügen hingegen über wesentlich nachhaltigere Pensionssysteme mit wenig Anpassungsbedarf.

Die aktuellen Ergebnisse einer Allianz-Studie zeigen, dass jene Länder gut positioniert sind, deren Altersvorsorgesysteme breiter angelegt sind und die ihre Reformen im öffentlichen Pensionssystem frühzeitig begonnen haben: Im Europavergleich weist Schweden das derzeit nachhaltigste Pensionsmodell mit dem geringsten Reformdruck auf. Auf Platz zwei liegt Dänemark, gefolgt von den Niederlanden. Auf dem 31. und damit letzten Platz befindet sich Griechenland. Bei den Platzierungen konnten insbesondere jene Staaten zulegen, deren Staatsverschuldung – relativ gesehen – gering ist, zum Beispiel Norwegen und Finnland. Der Einfluss der Finanzkrise auf kapitalgedeckte Veranlagungsformen und nationale Volkswirtschaften hat nationalstaatliche Regierungen vor Herausforderungen gestellt. In osteuropäischen Staaten wie Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien führten die Entwicklungen zur Umkehr der Ausrichtung der Pensionssysteme: Dabei wurden Kapitalstocks der privaten Altersvorsorge in die staatlichen Umlageverfahren umgeleitet, um die Budgetsituation zu verbessern. Einerseits konnten diese Maßnahmen fiskalische Probleme kurzfristig mildern, andererseits führten sie zur Aushöhlung der langfristigen Vorsorge. Das ist auch der Grund, warum diese Staaten in Sachen Pensionssystem derzeit mehr Probleme haben als noch vor zwei Jahren, so die Studie.

Österreich mit dritthöchsten Ausgaben

Der Pensionsindex veranschaulicht darüber hinaus jene Problemfaktoren, die den Reformdruck für Altersvorsorgesysteme erhöhen. Ein weiterer Indikator sind die Staatsausgaben für die erste Säule: Im europäischen Vergleich gibt Österreich 12,7 Prozent des BIP für die erste Säule aus – und liegt damit auf Platz drei. Nur Frankreich (13,5 Prozent) und Italien (14 Prozent) geben noch mehr Geld für das staatliche Pensionssystem aus, am wenigsten investiert Irland (4,1 Prozent).

Zudem spielen auch demografische Rahmenbedingungen eine Rolle. Im Jahr 2030 wird jeder dritte Österreicher älter als 60 Jahre alt sein. Wirft man einen Blick auf die Subindikatoren, rückt vor allem der Altersabhängigkeitsquotient ins Blickfeld. Dieser bezeichnet das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen über 65 zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. In Österreich liegt dieser Wert bei aktuell 26 Prozent – bis 2050 wird er sich auf 53,5 Prozent mehr als verdoppeln. Am dramatischsten wird dieser Wert in Portugal steigen – auf 63,5 Prozent.

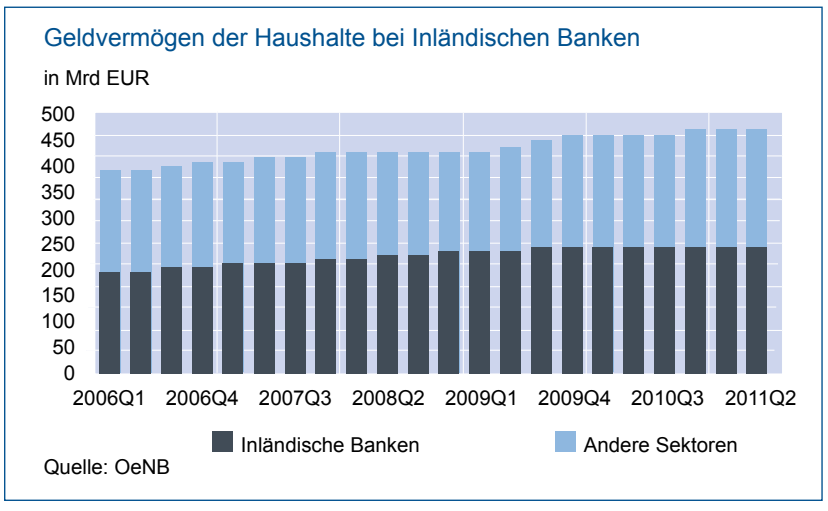
Die privaten Haushalte sind wichtigste Geldgeber der Banken

Krisenbedingte Vorliebe der Anleger für schnell verfügbares Geld

Die Hälfte des Geldvermögens der privaten Haushalte Österreichs ist bei inländischen Banken veranlagt. Neben Spareinlagen gewannen vor allem auch Bankanleihen an Bedeutung. Dies ist ein Zeichen für das Vertrauen der Anleger in die heimischen Banken.

Im Zuge der aktuellen Finanzkrise reduzierten die österreichischen privaten Haushalte ihre Spartätigkeit auf unter 9 Prozent ihres verfügbaren Einkommens und hielten einen Finanzvermögensbestand von 471 Mrd. Euro per 30. Juni 2011. Bei ausgewiesenen Schulden von rund 163 Mrd. Euro verfügten die Österreicher somit über ein Nettovermögen von 308 Mrd. Euro. OeNB-Direktoriumsmitglied Andreas Ittner betonte vor kurzem bei einer Präsentation der Struktur des privaten Geldvermögens, dass auch während der anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten die Österreicher ihre Einlagenbestände in den letzten vier Jahren konstant hoch hielten. Zur Jahresmitte 2011 waren dies 44 Prozent (208 Mrd. Euro) des Gesamtvermögens.

Von den 202 Mrd. Euro an Einlagen bei inländischen Banken liegen aktuell 64 Mrd. auf täglich fälligen Konten (31 Prozent), rund 95 Mrd. auf Konten mit einer Bindungsfrist von bis zu zwei Jahren (47 Prozent), und lediglich die verbleibenden 43 Mrd. Euro sind länger gebunden. Die Österreicher bevorzugen in Krisenzeiten also schnell verfügbares Geld, damit je nach Veranlagungsstrategie Portfolioumschichtungen vorgenommen werden können. Die Haushalte nehmen dafür reale Verluste aus der Verzinsung in Kauf, da Ende Juni 2011 der nominelle Zinssatz für fast alle Einlagenformen unter der Inflationsrate lag.



Österreichs Haushalte veranlagten per Juni 2011 rund 242 Mrd. Euro ihres Geldvermögens in inländischen Bankprodukten. Dies entspricht mehr als der Hälfte der Gesamtveranlagung (471 Mrd. Euro). Auch bei langfristiger Betrachtung liegt die Verflechtung der privaten Haushalte mit dem inländischen Bankensektor bei mehr als 50 Prozent und blieb auch während der Krise stabil.

Schwächephase bei den Investmentfonds

Etwa 43,5 Mrd. Euro des Vermögens waren zur Jahresmitte 2011 in Form von verzinslichen Wertpapieren veranlagt. In den letzten Quartalen waren österreichische Bankanleihen besonders gefragt. 75 Prozent der Anleihen im Besitz der Haushalte waren Emissionen österreichischer Banken. Die Banken konnten sich somit bei Haushalten neben Einlagen zusätzlich über Wertpapiere refinanzieren. Die starke Nachfrage nach Produkten inländischer Banken spiegelt das Vertrauen der Bevölkerung in das österreichische Bankensystem wider.

Die Attraktivität von Investmentfonds ist krisenbedingt geringer geworden. So kaufte der durchschnittliche Österreicher im ersten Halbjahr 2011 um 36 Euro im Monat Bankanleihen, und 39 Euro pro Monat wurden in Form von Einlagen veranlagt, während Investmentzertifikate durchschnittlich um 15 Euro pro Monat verkauft wurden. Das geringere Interesse an Investmentzertifikaten war schon in den letzten vier Jahren zu beobachten.

Private Kreditnehmer waren zur Jahresmitte 2011 mit 163 Mrd. Euro verschuldet. Österreichische Haushalte hatten vor allem für die Wohnbaufinanzierung Kredite in Höhe von 106 Mrd. Euro. Diesen Krediten steht allerdings auf der Aktivseite ein entsprechendes Immobilienvermögen gegenüber. - üh -

EBA-Chef Enria formuliert Vorhaben

Große Bedeutung des permanenten Dialogs mit der Kreditwirtschaft

Die neue Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA hat am 1. Jänner 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Der frühere italienische Notenbanker Andrea Enria wurde im Frühjahr zum ersten Vorsitzenden dieser EU-Behörde bestellt. Von Anfang an legte er großen Wert auf intensiven Meinungsaustausch mit den Marktteilnehmern.

Anlässlich der halbjährlich stattfindenden Plenarversammlung des European Banking Industry Committee (EBIC) traf Enria nun im Oktober mit Vertretern der europäischen Bankenlandschaft zu einem Meinungsaustausch zusammen.

200 Aufgaben zu erledigen

Enria berichtete dabei offenherzig vom schwierigen Aufbau der neuen Behörde, etwa vom Fehlen spezieller Software zur Durchführung der Stresstests, vom Personalmangel und darüber hinaus vom enormen Arbeitspensum, das die Behörde in den nächsten Monaten zu erfüllen habe. Allein aus dem Basel-III-Umsetzungspaket erwachsen der EBA rund 200 Aufgaben, die es zu erledigen gilt. An erster Stelle stehen die auszuarbeitenden Entwürfe für technische Regulierungsstandards zu Kapital, Kapitalpuffer und Liquidität. Ebenso muss die EBA zahlreiche Aufgaben der Vorgängerorganisation CEBS abarbeiten, etwa die Vorlage von Leitlinien anlässlich des CRD III Review. Krisenmanagement, Geldwäsche, Rechnungslegung und Zahlungsverkehrssysteme stehen ebenso auf der Prioritätenliste.

Finanzwissen muss verbessert werden

Dem Verbraucherschutz wird sich die EBA aus Ressourcengründen erst im kommenden Jahr widmen können. Politisch wurde den Verbraucherthemen aber besonderer Vorzug eingeräumt. Die Gründungsakte verleiht der EBA eine Führungsrolle bei der Förderung von Transparenz, Einfachheit und Fairness auf dem Markt für Retailbankprodukte. Zu den Aufgaben zählen die Analyse von Verbrauchertrends, die Überprüfung nationaler Initiativen zur Verbesserung der finanziellen Bildung, weiters kann

Andrea Enria: Der Aufbau der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde erweist sich als schwierig.

EBA Warnungen veröffentlichen, wenn Finanztätigkeiten eine Bedrohung für die Märkte darstellen, und wie in anderen Bereichen Leitlinien und Empfehlungen annehmen, damit die Sicherheit und die Solidität des Finanzsystems gewährleistet bleiben. Konkret wird sich die Behörde mit Aufgaben beschäftigen müssen, die ihr im Rahmen der für 2012 zu erwartenden Hypothekarkreditrichtlinie und anderen Rechtsakten etwa über ein Konto für jedermann, Produktkopplung oder die Verbesserung der Transparenz von Bankkontogebühren erwachsen werden.
Aufgrund des Verbraucherschwerpunkts begrüßt Enria die breite Aufstellung der beratenden Banking Stakeholder Group.

Skepsis gegenüber „Bankentrennung“

Zu aktuellen Diskussionen befragt, erklärte der EBA-Chef, dass er einem Trennbankensystem skeptisch gegenüberstehe. Dies könnte zur Folge haben, dass gerade das „Casino-Banking“ aus dem Rampenlicht verschwindet und sich der Fokus der Aufseher auf das Retailbanking konzentriert. Die Beurteilung, dass das Basel-III-Umsetzungspaket noch verbesserungsbedürftig ist, teilt er mit der Bankenindustrie. Ebenfalls steht er Änderungen positiv gegenüber, die die KMU-Kreditvergabe zu verbessern helfen, etwa Senkung der Risikogewichtung. Die Untersuchungen werden zeigen, welche Alternativen besonders geeignet erscheinen. Erfreulich ist die Tatsache, dass Andrea Enria, ganz im Sinne der Sparkassen, ein Befürworter der pluralistischen Aufstellung des europäischen Bankenmarktes ist. - rta -

Österreicher sind mit Bankdienstleistungen zufrieden

Aktuelles Verbraucherbarometer der EU-Kommission

Seit 2008 überprüft die EU-Kommission in regelmäßigen Abständen die Zufriedenheit der Verbraucher mit auf dem Markt angebotenen Produkten und Dienstleistungen. Zum sechsten Mal wurde im Oktober der Grad der Zufriedenheit anhand der Bewertung von 51 Dienstleistungs- und Warenmärkten, auf denen insgesamt mehr als 60 Prozent der Haushaltseinkommen ausgegeben werden, präsentiert.

Im Bereich der Konsumgüter schneiden Gebrauchtwagen und Kraftstoffe am schlechtesten ab. Bei den Dienstleistungsmärkten sind die Verbraucher mit Finanzdiensten, Hypotheken und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Immobilien am wenigsten zufrieden.

Österreich auf Platz elf

Bemerkenswert ist jedoch, dass die Zufriedenheit mit Bankdiensten in jenen Mitgliedsstaaten, in denen die Marktposition von Sparkassen stark ist, im Durchschnitt höher liegt als in Mitgliedsstaaten der Union ohne Sparkassen. Gegenüber dem EU-Durchschnitt sind die Ergebnisse für Österreich durchaus zufriedenstellend, teilweise sogar bedeutend besser. Von 30 untersuchten Dienstleistungen landet die Verbraucherkreditvergabe im EU-Durchschnitt auf Platz 21, in Österreich jedoch auf dem guten Platz elf.

Wechselbereitschaft schwach entwickelt

Wie auch in früheren Berichten bemängelt die Kommission die geringe Mobilität der Kunden, was den Wechsel ihrer Bankkonten betrifft. Trotz der freiwilligen Einführung des Kontowechselservices durch die Bankwirtschaft im November 2009 stieg die Anzahl jener Kunden, die ihr Konto gewechselt haben, nur um 1 Prozent, nämlich von 9 Prozent im Jahr 2010 auf 10 Prozent im Jahr 2011.

Dies lässt sich durchaus als Indiz dafür verwenden, dass Kunden zwar mit der einen oder anderen Dienstleistung weniger zufrieden sein können, vom Gesamtangebot ihrer Hausbank jedoch überzeugt sind. Kunden sind daher nur selten bereit, einen kompletten Wechsel ihrer Bankverbindung durchzuführen.
Neben der Möglichkeit bzw. Häufigkeit des Wechselns von Anbietern fließen in den Verbraucherbarometer die Bereiche Vertrauen in den Händler oder Anbieter, die Zufriedenheit insgesamt, die Vergleichbarkeit von Angeboten und die Behandlung von Problemen und Beschwerden ein.

Märkte werden Verbrauchern nicht gerecht

In Summe kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Dienstleistungsmärkte den Erwartungen der Verbraucher nicht gerecht werden. Sie wird daher gezielt weiterführende Studien durchführen, um Problembereiche zu untersuchen und Maßnahmen zur Mängelbehebung vorzulegen. Da der EU-Durchschnitt für Verbraucherkredite schlecht ist, wird die Kommission eine eigene Marktstudie für diesen Bereich ausführen lassen. Die Ergebnisse werden in die Überprüfung der Verbraucherkreditrichtlinie einfließen, die für 2013 angesetzt ist. - rta -

EUROPA NEWS

Basel III: Sparkassen-Delegation in Paris

Die letzten Monate haben gezeigt, wer in der EU den Ton angibt. Es werden zwar immer mehr Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene gehoben, wodurch die Kommission mehr Machtfülle erhält, letztlich sind es aber Deutschland und Frankreich, ohne deren Zustimmung nichts geht. Für die Interessenvertretung bedeutet das, dass sie nicht nur in Brüssel, sondern auch in Berlin und Paris vorstellig werden muss. Nach Berlin hat daher eine Delegation des Österreichischen Sparkassenverbandes unter Führung von Präsident Christian Aichinger hochrangige Vertreter des französischen Finanzministeriums aufgesucht, um auf negative Auswirkungen auf den Haftungsverbund hinzuweisen, die es im Zuge der Umsetzung des Basel-III-Abkommens in EU-Recht zu vermeiden gilt. Die Gesprächspartner in Paris zeigten Verständnis für die Minorities-Problematik. Wie sich dieses Verständnis im Rechtstext niederschlägt, werden die nächsten Verhandlungswochen zeigen.

Neue Vorschläge zum Wertpapierbereich

Die EU-Kommission legte Ende Oktober einen Vorschlag für eine Verordnung über Insiderhandel und Marktmanipulation (Marktmissbrauch) im Wertpapierbreich vor. Gleichzeitig wurde auch eine geplante Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insiderhandel und Marktmanipulation präsentiert. Die Verordnung soll z. B. der Stärkung der Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse der Regulierungsbehörden dienen. Die Richtlinie soll die Mitgliedsstaaten verpflichten, Anstiftung und Beihilfe zu Insidergeschäften und zur Marktmanipulation sowie versuchte Rechtsverstöße in diesem Bereich strafrechtlich zu ahnden.
Die Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) hat ebenfalls das Ziel, die Aufsichtsbefugnisse der Regulierungsbehörden auszuweiten sowie klare Verfahrensregeln für alle Handelstätigkeiten vorzugeben. Rat und Parlament beginnen mit der Bearbeitung der Kommissionsvorschläge.

Neue Vorschriften soll härtere Strafen für Insiderhandel und Marktmunipulation bringen

ERSTE IMMOBILIENFONDS expandiert

Die turbulenten Ereignisse auf den Finanzmärkten verstärken den Trend der Investoren in Richtung Sachwerte. Der ERSTE IMMOBILIENFONDS, der jüngste offene Immobilienfonds auf dem österreichischen Fondsmarkt, hat daher neue Objekte erworben.
Am neuen Investmentstandort Hamburg finden sich nun zwei Büroimmobilien, ein gemischt genutztes Objekt sowie eine Wohnhausanlage im Besitz des ERSTE IMMOBILIENFONDS. Weiter ausgebaut hat der Fonds auch sein Portfolio in Österreich. Hierbei handelt es sich um zwei Projekte in Graz: das Bürogebäude „Welcome Tower“ sowie ein Wohnobjekt in der Zollgasse. Mit dem Zukauf dieser Objekte ist das Immobilienvermögen des ERSTE IMMOBILIENFONDS auf 232 Mio. Euro gestiegen.

Das Bürogebäude „Fleetkontor“ in Hamburg

„Sie dürfen Nebraska nicht unterschätzen“

Gespräch mit Prof. Trendler über Trend-Resistenz

Selbst erfahrene Wirtschaftsforscher und langgediente Branchenkenner stöhnen: Die richtige Einschätzung von künftigen Wirtschaftsentwicklungen wird immer schwieriger. Die Zeitspannen für diverse Prognosen werden kürzer, die Möglichkeitsform dominiert die Aussagen. Doch es gibt Ausnahmen. Experten, die sich immer sicher sind. Achterbahn sprach mit einem solchen: Prof. Matthias Trendler, Leiter der „Gesellschaft für die Untersuchung Richtungsweisender Unwägbarkeiten“ (GURU), steht in bewegter Zeit eisern Rede und Antwort.

Achterbahn: Herr Professor, Sie sahen noch im Mai dieses Jahres den ATX zu Jahresultimo bei 3.000 Punkten. Aber derzeit liegt er ein gutes Drittel darunter.

Trendler: Wo er aber auch hingehört. Die Prognose war anhand der Substanzwerte und der Ertragslage der notierten Gesellschaften natürlich völlig richtig. Das heißt, die Analyse stimmt, aber der Markt irrt.

Wie können Märkte irren?

Indem sie etwa dem kraftstrotzenden Ministerpräsidenten Berlusconi die Bunga-Bunga-Spielchen bewundernd durchgehen lassen, ihm aber nicht die Potenz zutrauen, den Staatshaushalt mittelfristig auf Konsolidierungskurs zu bringen. Dabei ist Italien seit Jahrzehnten sehr hoch verschuldet. Auch Berlusconi lag also völlig im Trend.

Sie haben zu Jahresbeginn in einer aufsehenerregenden Studie zum Lebensmitteleinzelhandel davon gesprochen, dass wir auch in Österreich ein Jahrzehnt des gezielt ausgewählten Genusses und der landesspezifischen Spezialitäten entgegengehen. Das werde sich der Konsument auch etwas kosten lassen und tiefer für Waldviertler Schafkäse mit Chili oder für Steaks vom Bio-Tauern-Rind in die Tasche greifen. Mittlerweile zeigen alle Verbraucherumfragen, dass die Österreicher gerade beim Lebensmitteleinkauf beträchtliches Einsparpotential sehen. Die Zeiten werden eben nicht leichter, und die Diskonter melden Rekordumsätze.

Sie verwechseln hier die Richtigkeit eines wissenschaftlich erkannten Trends mit den Trendverwerfungen auf den Märkten.

Also irren neuerlich die Märkte, auch vor der Frischwarentheke im Verbrauchermarkt?

Ja, hier kommt es zu unvermuteten Unwägbarkeiten. Was können denn wir in der peniblen Trendforschung dafür, dass die Medien den Leuten Tag für Tag einhämmern, dass auch Österreich auf wirtschaftlich schwierigere Zeiten zusteuert? Dazu kommt noch die Flut der Postwurfsendungen von Billigmärkten, die man täglich im Postkasten findet. Oder nehmen Sie diese vielen unsäglichen Rabattaktionen des Handels. Hier wird exzessiver Wettbewerb betrieben, was trendwissenschaftlich aber im Vorhinein nicht zu erfassen ist. Es ist aus Trendsicht abenteuerlich, was sich da abspielt: Irgendwann wird sogar der Meinl am Graben an einem Samstag auf Trüffel oder Champagner einen Preisnachlass von 15 Prozent ankündigen.

Auch bei Bekleidung und Schuhen wird gespart. Ist das aus Ihrer Sicht trendkonform?

Keineswegs. Das ist das Ergebnis einer Verwilderung der Bekleidungssitten, die Sie selbst schon in Konzertsälen beobachten können.

Das Institut GURU hat noch vor dem Sommer eine Studie veröffentlicht, wonach der Welttourismus auf zweistellige Zuwachsraten jährlich rechnen darf und die globale Flugwirtschaft prächtig erholen würde. Jetzt steckt aber beispielsweise die österreichische AUA noch immer in den roten Zahlen.

Foto: pixelio. de/Stephanie Hofschlaeger

Prof. Matthias Trendler kann sich auf eine Fülle von Trendanalysen stützen.

Unsere Analyse bezog sich ja nicht auf einzelne Fluggesellschaften, sondern auf den einschlägigen Weltmarkt. Sie ist übrigens nach wie vor völlig zutreffend, weil beispielsweise Millionen Russen, Inder und Chinesen endlich einmal Venedig oder Kitzbühel sehen wollen. Aber wieder wird ein glasklar analysierter Trend unterlaufen: Hunderttausende Russen etwa warten auf den ersten Schnee in den österreichischen Alpen und realisieren nicht, dass sie – so die ermittelten Trendmarks – einen herbstlichen Kurzurlaub in Venedig, Paris oder in Cannes einlegen sollten.

Wie erklären Sie sich ein solches Fehlverhalten?

Wir nennen das in der konsumwirtschaftlichen Zukunftsforschung die hartnäckige Trendresistenz. Das heißt, Marktteilnehmer, die sich schon längst auf dem als richtig erkannten Trendpfad befinden sollten, leisten bewusst oder unbewusst Widerstand.

GURU hat sich zu Jahresbeginn mit der bei vielen Anlegern, die früher an der Börse investiert waren, erkennbaren Vorliebe für Sachwerte beschäftigt. Sie haben damals einen rapiden Anstieg der Nachfrage nach Immobilien prognostiziert und haben dem Eigenheim sowie der Vorsorgewohnung einen beträchtlichen Wertzuwachs vorhergesagt. Die Menschen haben aber überwiegend Gold gekauft, und die Immobilienpreise liegen bei Vertragsabschluss meist unter dem ursprünglich Verlangten.

Der Trendmonitor und der sozio-demografische Variator sprechen eindeutig für einen Immobilienboom. Doch auch hier kommt es zu Verwerfungen und Trendresistenzen. Viele Menschen glauben, dass Baugrundstücke, Einfamilienhäuser oder Innenstadt-Wohnungen schon zu teuer sind, und warten ab. Sie haben Angst vor einer Immo-Blase. Das kommt zweifellos aus den Vereinigten Staaten und der Berichterstattung über das spektakuläre Platzen des aufgeblähten US-Marktes. Der Immo-Preisindex etwa in Ohio, Wisconsin oder Nebraska ist eingebrochen. Und – auch das sagen alles unsere Computermodelle – in diesem Zusammenhang: Sie dürfen Nebraska nicht unterschätzen! - üh -

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Ärgerliche Gebetsmühle

„Die Gier der Banken und Spekulanten. Die Ohnmacht der Politik gegenüber dem globalen Finanzkapital. Die Verursacher der weltweiten Finanzkrise sind die raffgierigen Spekulanten und gewissenslose Banker.“ Das sind nur einige der sprachlichen Stereotypen, die sich da Tag für Tag, ja Stunde für Stunde über uns medial und selbst im Bekanntenkreis ergießen.

Vor allem Vertreter von NGOs sind mit solchen Pauschalurteilen flink zur Stelle. Oppositionspolitiker sowieso, und auch die kirchlichen Organisationen sowie Institutionen wollen bei diesem völlig undifferenzierten Hindreschen auf einen der wichtigsten Wirtschaftszweige überhaupt nicht nachstehen: Nachzuhören ist solches dann unter anderem im Hörfunk-Programm Ö 1 knapp vor 7 Uhr früh, in einer Sendung, die sich „Gedanken für den Tag nennt“. Dort wird dann der halbwache Bürger semantisch auf die globale Bankenkritik eingestimmt.

Ob Flutopfer in Pakistan oder Ernteausfälle am Horn von Afrika: Fast immer ist alle Ungemach rund um den Globus den Finanzmärkten und den darin agierenden, gewissenlosen Bankmanagern, Finanzhaien und Spekulanten zu verdanken. Es ist langsam ärgerlich, wie hier die veröffentlichte Meinung gezielt in die Irre geführt wird. Denn die gegenwärtigen Turbulenzen und Vertrauensverluste auf den Finanzmärkten wichtiger Volkswirtschaften haben nichts mit Gier (man sehe sich den atemberaubenden Kursverfall an!) oder dem Primat der Finanzwirtschaft vor der Politik zu tun. Für Millionen von Anlegern aus dem Mittelstand sind Milliardenwerte vorerst zertrümmert, und die Schuld dafür liegt nicht bei der Spekulation a la baisse, sondern bei teilweise desaströsen Staatsfinanzen diverser Länder.

Es ist auch nicht der Euro in einer Krise. Nein, es ist das Vertrauen der Investoren in die Politik, das in den vergangenen Wochen so stark gelitten hat. Denn vielfach haben die Schuldenquoten ein Niveau erreicht, dass die Jahres- Wirtschaftsleistung eines Landes um 20 oder gar mehr Prozent übersteigt. Den Anlegern fehlt momentan der Glaube an den Konsolidierungswillen vieler Regierungen.

Von wegen Primat der Bankmanager gegenüber der Politik: Das Gegenteil ist derzeit der Fall. Die Politik überzieht die internationale Kreditwirtschaft gegenwärtig mit einem Netz an zusätzlichen Regularien. Und das nicht komplementär, sondern additiv.

Was soll also etwa angesichts von Basel III oder der Bankensteuer das Gerede davon, dass die Politiker vor den Bankern in die Knie gehen? Der Begriff „Auswüchse des Finanzsystems“, die da angeblich eingefangen werden müssen, der fließt manchen gesellschaftspolitisch Bewegten aus Politik und NGO wie Öl von den Lippen. Immer öfter zeigt sich dabei, dass jene, die jetzt die Wortführer gegen die globale Raffgier der Banken abgeben, gar nicht um die elementaren Zusammenhänge Bescheid wissen.

Es ist wirklich ärgerlich ... - üh -

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Politik ist eher schwierig momentan.“
Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner in einem Interview

„Tagesteller: 1/8 Sturm 1 Euro.“
Ankündigung eines Sonderangebots an der Infotafel eines Pubs in Perchtoldsdorf

„Ohne öffentliche Förderungen gehen Installateure baden.“
Titel einer Presseaussendung über die Konjunktursorgen der Landesinnung der niederösterreichischen Installateure

„Wegen Urlaubs bitte Post (nicht Finanzamt) in Geschäft daneben abgeben.“
Hinweis auf einem geschlossenen Geschäftsportal in Wien Mariahilf

„Den Altpolitikern scheint ziemlich fad zu sein."
SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter über die wutbürgerlich aktiven Polit-Pensionisten.

„Die frische Säure schlägt nach dem ersten Schluck ein wie ein Blitz. Ganz einfach und neudeutsch: Der flasht.“
Aus einer Anzeige vom Österreichischen Wein Marketing über heimische Jungweine

Impressum

Herausgeber, Redaktion:
Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at

SPARKASSE Verband Österreich

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz, Mag. Peter N. Thier

Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung:
Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 11.11.2011 redaktionell abgeschlossen.